

Eröffnung des zehnten Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger in Wien

Eröffnungsrede der stellvertretenden UNO Generalsekretärin und des Generalsekretärs des Kongresses;
Südafrikas Justizminister als Präsident des Kongresses gewählt;

Eröffnung

Um das weltweite organisierte Verbrechen zu bekämpfen, muss man weltweite Anstrengungen vornehmen und funktionierende Netzwerke technischer und juristischer Zusammenarbeit errichten. Andernfalls wären die genannten Bemühungen immer einen Schritt hinter dem organisierten Verbrechen zurück.

Diese Meinung vertrat heute die stellvertretende Generalsekretärin Louise Fréchette bei der Eröffnung des zehnten Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger in Wien.

In ihrer Rede an den Kongress erklärte Fréchette, dass die noch nie dagewesene Herausforderung der modernen und zunehmend weltweit agierenden Kriminalität es deutlich gemacht hätte, dass kein Staat alleine erfolgreich gegen das anwachsende grenzüberschreitende Verbrechen vorgehen kann. Weltweite Anstrengungen, um eine friedlichere und wohlhabendere Welt, basierend auf gemeinsamen juristischen und demokratischen Werten sowie den Menschenrechten sicherzustellen, sind unausweichlich.

Der Generalsekretär des Kongresses, Pino Arlacchi, sagte angesichts der weltweiten Bedrohung durch organisierte Kriminalität sei es wichtig, der Weltbevölkerung ein Leben in Rechtsstaatlichkeit zu garantieren. Es sei wichtig einen neuen und besseren Schutz gegen Verbrechen aller Art sowie deren Auswirkungen zu errichten. Der Kongress tritt zusammen, um weltweite Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen.

Der gewählte Präsident des Kongresses, Südafrikas Justizminister Penuell Maduna, sagte, dass man im Kampf gegen Verbrechen berücksichtigen müsse, dass dessen Auswirkungen nicht vor nationalen Grenzen haltmachen, und dass Verbrechen Staaten unterschiedlich beeinflussen. In diesem Zusammenhang bietet die Deklaration, die zur Annahme am Ende des Kongresses vorgeschlagen ist, eine Möglichkeit, sich auf gemeinsame Rahmenbedingungen in Vorbereitung auf die Generalversammlung zu einigen und die Entschlossenheit der Staatengemeinschaft, Verbrechen zu bekämpfen, zu unterstreichen.

Tagesordnung

Die Kongressdelegierten beschlossen gleich zu Beginn die Tagesordnung und die Verfahrensregeln des Kongresses. Zudem nominierten sie die Mitglieder des Akkreditierungskomitees und wählten den vorsitzenden Schriftführer (Finnland), den Präsident des ersten (Indien) und zweiten Komitees (Kroatien). Ausserdem wurde beschlossen, dass Kolumbien dem Kongressteil auf hoher Ebene vorsitzen wird, welcher am 14. und 15. April stattfindet.

Deklaration

Der einwöchige Kongress, der am 17. April abgeschlossen wird, wird eine Deklaration verabschieden,

welche voraussichtlich Empfehlungen bezüglich der verschiedenen Tagesordnungspunkte des Kongresses beinhalten wird. Der Kongress steht allen 188 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen, akkreditierten nichtstaatlichen Organisationen (Non-Governmental Organizations, NGOs) und sachbezogenen zwischenstaatlichen Organisationen offen.

Verbrechensverhütung

In einer Stellungnahme vor der Plenarversammlung, sagte die Justizministerin Polens, Hanna Suchocka, dass Verbrechensverhütung weitreichenden Aktionsspielraum haben sollte und vor allem auch junge Menschen involvieren muss. Die Notwendigkeit moderne Programme zur „Verbrechensverhütung“, die die Einbindung aller Bevölkerungsgruppen vorsieht, zu entwickeln und umzusetzen, ergibt sich aus moralischen Gründen und nicht zuletzt aufgrund der steigenden Kosten der „Verbrechensbekämpfung“.

Der Delegierte Uruguays, Fructuoso Pittaluga Fonseca, der im Namen der „Gruppe der 77“ Entwicklungsländer und China sprach, unterstrich, dass neben der Einbindung aller Bevölkerungsgruppen auf nationaler Ebene auch die Einbindung aller internationaler Gruppen und Staaten unerlässlich sei, um erfolgreich gegen das Verbrechen vorgehen zu können. Entwicklungsländer mit technischen Hilfsmitteln für das Vorgehen gegen organisiertes Verbrechen zu versorgen ist wesentlich, um es diesen Ländern zu ermöglichen, deren demokratische Strukturen aufzubauen, die Unabhängigkeit ihres Strafrechtssystems zu gewährleisten, internationale Richtlinien im Umgang mit organisiertem Verbrechen umzusetzen und die Ausgrenzung von Minderheiten und deren Diskriminierung in diesen Ländern zu vermeiden.

